

## Europawahl: Keine Wahl wie jede andere

Vom 4. bis zum 7. Juni 2009 wird das neue Europäische Parlament gewählt. In Deutschland findet die Wahl am Sonntag, den 7. Juni statt. Die neue Wahlperiode des Europäischen Parlaments dauert bis zum Jahr 2014. Insgesamt 375 Millionen EU-Bürger aus den 27 EU-Mitgliedstaaten sind wahlberechtigt. Dem Europäischen Parlament gehören zurzeit 785 Abgeordnete an. Sollte bis zur Wahl des Europäischen Parlaments der Vertrag von Lissabon von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden,

würden dem neuen Europäischen Parlament 751 Abgeordnete angehören. Sollte dieses nicht der Fall sein, greift der Vertrag von Nizza laut dem die Zahl der Abgeordneten auf 736 festgelegt wird. Das Europäische Parlament wird oftmals gegenüber der vermeintlich allmächtigen EU-Kommission unterschätzt. Es ist aber das Europäische Parlament vor dem Kommission, Rat und Europäische Zentralbank ihr politisches Handeln rechtfertigen müssen. Das Europäische Parlament ist der Vertreter der Bürgerinnen und Bürger Europas. Bei der Wahl

einer neuen Kommission muss der nominierte Kommissionspräsident sich und seine geplante Politik dem Parlament vorstellen. Das Parlament muss schließlich mit Mehrheit sowohl dem Kommissionspräsidenten als auch dem Kommissionskollegium zustimmen. Zu den Vorschlägen der Kommission positioniert sich das Parlament. Die Mitglieder des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments sind wichtige Mitsprecher, wenn es darum geht, für kulturelle Vielfalt einzutreten. Sie stehen für eine Politik, die den Doppelcharakter

von Kultur als Wirtschafts- und Kulturgut in den Mittelpunkt stellt. Das Besondere des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments besteht darin, dass die Auseinandersetzung weniger parteipolitisch als vielmehr themenbezogen auch gegenüber den anderen Ausschüssen des Europäischen Parlaments sowie der Kommission stattfindet. Der Deutsche Kulturrat hat zu dieser Wahl des Europäischen Parlaments das zweite Mal den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Fragen vorgelegt. Da es keine europäischen Parteien gibt,

wurden der Weg gewählt, die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu befragen. Erfreulicherweise haben alle Parteien ausführlich geantwortet. Im Folgenden werden die Fragen dokumentiert. Eine Synopse gibt in Kurzform Auskunft zu den Antworten, Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz fassen die Antworten zusammen und zeigen Unterschiede und Gemeinsamkeiten auf. Abschließend sind die Antworten nachzulesen.

Die Redaktion ■

## Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009

**1** Welche Bedeutung messen Sie der Kulturpolitik im Kanon der europäischen Politikfelder zu? Planen Sie für die nächste Wahlperiode des Europäischen Parlaments kulturpolitische Initiativen? Wenn ja, welche?

für die europäische Kulturpolitik eingeführte Methode der offenen Koordinierung?

**3** Wie wollen Sie die organisierte Zivilgesellschaft in kulturpolitische Entscheidungsprozesse einbinden?

**2** Planen Sie parlamentarische Initiativen mit Blick auf die nunmehr

**4** Welche Initiativen planen Sie, um die UNESCO-Konvention Kultu-

relle Vielfalt auf europäischer Ebene mit Leben zu erfüllen? Sehen Sie dabei besonderen Handlungsbedarf mit Blick auf die Vielfalt der Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

**5** Wollen Sie Initiativen zur Verbesserung der Mobilität der Künstler ergreifen? Wenn ja, welche?

**6** Wollen Sie Initiativen zum besseren Schutz des geistigen Eigentums ergreifen? Wenn ja, welche?

**7** Werden Sie sich für den Erhalt der Befreiung von der Mehrwertsteuer wie auch für den Erhalt der ermäßigten Mehrwertsteuer im Kulturbereich einsetzen? Wenn ja,

welche Produktgruppen sollen begünstigt werden?

**8** Wollen Sie sich für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kulturförderprogramme einsetzen?

## Synopse der Antworten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf die Fragen des Deutschen Kulturrates zur Wahl des Europäischen Parlaments

FRAGEN	Bündnis 90/Die Grünen	CDU	CSU	Die Linke	FDP	SPD
<b>1</b> Bedeutung der Kulturpolitik im Kanon der europäischen Politikfelder; Kulturpolitische Initiativen der nächsten Wahlperiode	Mitteilung der EU zur Kulturpolitik war auch ein Erfolg der Kulturpolitik der Grünen; stehen für Kunst der Konfliktbearbeitung als europäischem Gut	EU-Kulturpolitik ist in besonderem Maße dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet, hat daher einen besonderen Status; europäische Kulturpolitik soll zu einem echten europäischen Mehrwert für die Kultur beitragen	EU-Kulturpolitik soll v.a. der Völkerverständigung, der Verteidigung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, der subsidiären Ausgestaltung von Themen, die einen europäischen Rechtsrahmen bedürfen, dienen; Förderung von Initiativen zur grenzüberschreitenden Arbeit und der Unterstützung deutschsprachiger Minderheiten in Nachbarstaaten	Einsatz für höheren Stellenwert der Kulturpolitik; Verbesserung der Rahmenbedingungen im Steuer-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Urheberrecht	EU-Kulturpolitik hat hohe Bedeutung bei gleichzeitiger Geltung des Subsidiaritätsprinzips; Schaffung einer Europäischen Kulturstiftung	Einsatz für starke EU-Kulturpolitik durch: Erhöhung der Kulturförderung auf 1% des EU-Haushalts, Umsetzung der EU-Kulturagenda, Weiterentwicklung der Idee der Kulturhauptstädte, Schaffung eines Netzwerks der Akademien der Künste, Schaffung einer Europäischen Kulturstiftung, Auszeichnung von Kulturstätten besonderer europäischer Bedeutung, Einrichtung eines „Hauses der europäischen Geschichte“, Stärkung der Kooperation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Aufwertung des europäischen Filmpreises
<b>2</b> Parlamentarische Initiativen zur offenen Methode der Koordinierung (OMK)	Selbstbewusste Weiterarbeit mit OMK	Kritische Begleitung der OMK, Festhalten am Prinzip der Freiwilligkeit bei der OMK	Skeptische Haltung gegenüber der OMK, grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss dem Primat der Freiwilligkeit unterliegen	Ablehnung der Unterordnung der EU-Kulturpolitik unter die Lissabon-Ziele der EU; OMK ist positives Instrument zur EU-Kulturpolitik	OMK ist kein geeignetes Instrument europäischer Kulturpolitik; erste Runde der OMK muss daher kritisch hinterfragt werden	OMK positives Instrument
<b>3</b> Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in kulturpolitische Entscheidungsprozesse	Einladung von kulturpolitischen Akteuren nach Brüssel zu Ausschussberatungen; Einsatz für ständigen Dialog mit nationalen Organisationen der Zivilgesellschaft	Entscheidend gemeinsame Willensbildung auf nationaler Ebene, da EU-Kulturpolitik subsidiär ist	Stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft auch über die reine Kulturpolitik hinaus	EU soll sich stärker der Zivilgesellschaft öffnen; zivilgesellschaftliche Akteure brauchen Unterstützung für Dialog auf EU-Ebene	bei OMK muss gewährleistet sein, dass zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden werden	Unterstützung von Plattformen wie Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt als Instrument zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft
<b>4</b> Initiativen auf europäischer Ebene, um die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt mit Leben zu erfüllen	Schwierigkeiten der Implementierung müssen überwunden werden; Rundfunk als Kulturgut darf nicht gefährdet werden	Einsatz für Bewahrung der kulturellen Vielfalt; Sicherung der Medienvielfalt als politisches Ziel	Einsatz für Sicherung der kulturellen Vielfalt, die auch durch innere Zentralisierungsbestrebungen der EU nicht konterkariert werden darf	Einsatz für Prüfung aller Gesetzesinitiativen auf Folgen für kulturelle Vielfalt; öffentliche Förderung des Kultur- und Medienbereiches muss erhalten bleiben; Einsatz für Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der konsequent werbefrei und nicht kommerziell sein muss.	Erhalt der kulturellen Vielfalt bedeutsam, darf aber nicht in Protektionismus und Quotierung kultureller und sprachlicher Angebote ausarten; Schutz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zieht besondere Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Kultur nach sich	Einbindung der kulturpolitischen Akteure bei der Umsetzung der Konvention Kulturelle Vielfalt, Sicherung der öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Garant von Medien- und Meinungsvielfalt

FRAGEN	Bündnis 90/Die Grünen	CDU	CSU	Die Linke	FDP	SPD
5 Initiativen zur Verbesserung der Mobilität der Künstler	Einsatz für Vereinfachung der Mobilität der Künstler z.B. durch vereinfachte Visavergabe und mehr Fördermittel	Stärkung und Ausbau der Mobilität der Künstler	Stärkung der Mobilität von Künstlern insbesondere von jungen Künstlern	Stärkung der Mobilität der Künstler	Stärkung der Mobilität der Künstler	Stärkung der Mobilität der Künstler, besonderer Einsatz für junge Künstler
6 Initiativen zum besseren Schutz des geistigen Eigentums	Einführung einer Kulturflatrate, damit Urheber eine angemessene Vergütung erhalten	Einsatz für Verbesserungen bei der Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen; Verbesserung der Vergütung der Urheber; europäischer Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften	Effizientere Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen; Verbesserung der Vergütung der Urheber; europäischer Rechtsrahmen für Verwertungsgesellschaften	Urheberrecht darf nicht zum Industrierecht werden; Ausstellungsvergütung für bildende Künstler; Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechts; Prüfung einer Kulturflatrate; Ablehnung der Verlängerung der Schutzfrist für Tonträger; Einsatz für verbindlichen Rechtsrahmen für länderübergreifende kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten	Konsequente Weiterentwicklung des Urheberrechts auf europäischer Ebene; Schaffung eines harmonisierten Rechtsrahmens für Verwertungsgesellschaften; Missachtung von Internetpiraterie	Sicherung des Systems der Verwertungsgesellschaften; Sicherung des Schutzes des geistigen Eigentums und der angemessenen Vergütung der Urheber
7 Erhalt der Mehrwertsteuerbefreiung bzw. Mehrwertsteuerermäßigung im Kulturbereich	Einsatz für Beibehaltung der bestehenden Ermäßigungen, Einsatz für Ausweitung der Ermäßigungen auf neue Kunstformen	Einsatz der Finanzmittel auf EU-Ebene zielgenauer; auf nationaler Ebene haben sich Mehrwertsteuerermäßigungen und -befreiungen bewährt	Bestehende Regelungen zur Mehrwertsteuerermäßigung bzw. -befreiung sollen nicht angetastet werden; EU hat keine eigene Steuerkompetenz und soll keine bekommen	Erhalt der bestehenden Mehrwertsteuerbefreiungen und -ermäßigungen; Einsatz für Mehrwertsteuerermäßigung für Kunstfotografie	Erhalt der bestehenden Regelungen	Erhalt der bestehenden Regelungen sowie Einsatz für Umsatzsteuerermäßigung für Kunstfotografie
8 Einsatz für bessere finanzielle Ausstattung der Kulturförderprogramme	Einsatz für bessere Ausstattung der Kulturförderprogramme; Veränderung des EU-Haushalts	Erhöhung des Kulturetats wünschenswert; erster Schritt wäre aber Umgestaltung des EU-Finanzierungssystems und des EU-Haushalts; keine zusätzlichen Kosten für die Mitgliedstaaten, da diese die Spielräume auf nationaler Ebene einschränken	Effizienterer und unbürokratischerer Einsatz der vorhandenen Mittel	Erhöhung des Kulturetats auf mindestens 1% des EU-Haushalts; stärkere Förderung des europäischen Films; Erhalt der Förderungen im Medienbereich; Einrichtung dezentraler Cultural Contact Points	Bessere Ausstattung der Kulturförderprogramme im Rahmen des bestehenden EU-Haushalts	Erhöhung des Kulturetats auf 1% des EU-Haushalts; Vereinfachung der Beantragung und Bewirtschaftung der EU-Kulturfördermittel

## Chance zur Gestaltung europäischer Politik nutzen!

Die Bürger Europas entscheiden auch über die zukünftige Kulturpolitik • Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Zum zweiten Mal richtete der Deutsche Kulturrat Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlamentes und erfreulicherweise haben alle Parteien ausführlich geantwortet. Erstmals hat die CSU eine eigenständige Antwort vorgelegt und sich nicht der Antwort der CDU angeschlossen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die EU-Kulturpolitik nicht mehr „unter ferner liefen“ angesiedelt ist, sondern vielmehr als ein wichtiges Politikfeld gesehen wird.

So haben allen Parteien die Gelegenheit genutzt, in ihrer Antwort auf die erste Frage nach der Bedeutung der Kulturpolitik im Kanon der europäischen Politikfelder sich grundlegend zu verorten. Dabei durfte sowohl von der CDU als auch der CSU ein klares Statement zur subsidiären Bedeutung der EU-Kulturpolitik nicht fehlen. Sie machen unmissverständlich klar, dass Kulturpolitik in erster Linie eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist – die CSU verweist in diesem Zusammenhang zusätzlich auf die Kulturhoheit der Länder. Auch die FDP unterstreicht, dass die EU-Kulturpolitik in besonderem Maße dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist. Demgegenüber fordern Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD eine stärkere EU-Kulturpolitik ein und unterbreiten gleich Vorschläge wie diese aussehen soll. Insbesondere die SPD fordert förder- und vernetzungspolitische Initiativen von der EU ein und will hier entsprechende Akzente setzen.

Die skeptische Haltung von CDU, CSU und FDP gegenüber einer EU-Kulturpolitik allgemein findet ihre Entsprechung in einer zurückhaltenden (CDU und CSU) bis ablehnenden (FDP) Haltung zur Methoden der offenen Koordinierung (OMK) im Bereich der Kulturpolitik. Die FDP

hält die OMK für kein geeignetes Instrument der EU-Kulturpolitik. CDU und CSU äußern sich zumindest skeptisch. Alle drei Parteien wollen im Jahr 2010, wenn die erste Runde der OMK abgeschlossen ist, die Ergebnisse kritisch hinterfragen. Bündnis 90/Die Grünen wollen selbstbewusst mit der Methode weiterarbeiten und auch Die Linke sowie die SPD sehen die OMK als positives Instrument der EU-Kulturpolitik.

Spannend wird es, wenn es um die Einbindung der Zivilgesellschaft in europäische Entscheidungsprozesse geht. Bündnis 90/Die Grünen wollen zwar weiterhin Akteure zu Ausschusssitzungen einladen, sehen aber vor allem das Erfordernis der Abstimmung auf nationaler Ebene. Hier schimmert durch, dass es eben vielfach doch darum geht, nationale Interessen in europäische Entscheidungsprozesse einzubringen. Demgegenüber ist Die Linke der Auffassung, dass die Zivilgesellschaft stärker in die europäischen Prozesse einbezogen werden soll. Damit das gelingt, sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure finanziell unterstützt werden. Die CDU und die CSU sehen das Erfordernis, besonders den Austausch von Kulturakteuren zu befördern. Die SPD sieht die Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt als lockeres Forum des kulturpolitischen Austauschs als Modell für die Einbindung der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene. Hier ist bemerkenswert, dass sich die SPD zwar einerseits für eine stärkere europäische Kulturpolitik ausgesprochen hat, andererseits an einer demokratisch legitimierten Einbindung der Verbände weniger Interesse besteht.

Die Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (kurz: Konvention kulturelle Vielfalt) haben sich alle Parteien auf die Fahnen geschrie-

ben. Bündnis 90/Die Grünen wollen sich der Herausforderung stellen, die Schwierigkeiten bei der Implementierung zu überwinden. Die CSU warnt davor, dass die kulturelle Vielfalt durch Zentralisierungsbestrebungen der EU selbst konterkariert werden könnte. Die FDP setzt sich zwar für den Erhalt der kulturellen Vielfalt ein, möchte aber nicht, dass daraus ein zu starker Protektionismus entsteht. Unisono sehen alle Parteien das Erfordernis sich für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einzusetzen. Die Sicherung der Medienvielfalt wird von allen als wichtiges Ziel beschrieben. Zugleich erteilt die FDP dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Auftrag, sich seinerseits besonders der Kultur zu verpflichten.

Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität der Künstler stehen auf der Agenda aller sechs Parteien. Die CSU und die SPD wollen sich besonders für die Mobilität junger Künstlerinnen und Künstler stark machen.

Als wesentliche kulturpolitische Herausforderung begreifen alle Parteien die Sicherung der Rechte von Urhebern. Die Bekämpfung der Internetpiraterie wird als wichtige Aufgabe angesehen. Bündnis 90/Die Grünen schlagen daher als Lösung eine Kulturflatrate vor. Die Linke will den Vorschlag einer Kulturflatrate prüfen. Die anderen Parteien wollen Urheberrechtsverletzungen bekämpfen. Bis auf Bündnis 90/Die Grünen wollen sich alle Parteien um einen europäischen Rechtsrahmen für die kollektive Rechtswahrnehmung bemühen. Dabei schwingt implizit mit, dass das deutsche System für verteidigungswert erachtet wird. Die Linke warnt ausdrücklich davor, dass das Urheberrecht zum Industrierecht wird. Weiter wollen sie sich für Ausstellungsvergütungen für bildende Künstler sowie das Künstlergemeinschaftsrecht einsetzen. Alle Parteien wollen die bestehenden

Regelungen der Umsatzsteuerbefreiung und -ermäßigung für Kulturgüter unangetastet lassen. Die Linke und die SPD wollen darüber hinaus den Vorschlag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ aufgreifen und sich für den ermäßigten Umsatzsteuer für die Kunstfotografie einsetzen. Bündnis 90/Die Grünen wollen insgesamt einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für neue Kunstformen im Bereich der neuen Medien.

Auseinander gehen die Meinungen hinsichtlich der Anhebung der EU-Kulturfördermittel. Bündnis 90/Die Grünen verweisen darauf, dass der Betrag von 60 Mio. Euro im Jahr für 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gerade mal dem entspricht, was zwei große Opernhäuser in Deutschland im Jahr an Zuschüssen erhalten und wollen sich für eine Reform des EU-Haushalts einsetzen. In diesem Zusammenhang wollen sie die Kampagne 70 cents für Kultur pro EU-Bürger wieder aufleben lassen. Die Linke sowie die SPD wollen sich für einen Anteil von 1% an Kulturausgaben im EU-Haushalt stark machen. Weiter fordert die SPD, dass die Beantragung und Verwendung der Mittel unbürokratischer werden soll. Die Linke möchte dezentrale Cultural Contact Points zur Beratung der Kulturszene vor Ort einrichten. Die FDP sieht zwar auch das Erfordernis nach einer Erhöhung der EU-Kulturfördermittel, dieses soll aber im Rahmen des bestehenden Haushalts erfolgen. Die CDU will ähnlich Bündnis 90/Die Grünen den EU-Haushalt umgestalten. Sie sieht erst dann Möglichkeiten einer Erhöhung des Kulturetats. Sie warnt davor, dass eine Erhöhung der Kulturfördermittel zu Lasten der Mitgliedstaaten und deren Kulturförderung gehen könnte. Die CSU will sich für einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel einsetzen.

Die Antworten der Parteien zeigen einmal mehr, dass es auch auf der europäischen Ebene in der Kulturpolitik um grundsätzliche Entscheidungen geht. Es ist ein grundlegender Unterschied, ob zuerst an das Subsidiaritätsprinzip der europäischen Kulturpolitik erinnert wird und daran anknüpfend über eine EU-Kulturpolitik nachgedacht wird oder ob Europa als eine weitere Dimension der Bündelung kultureller und kulturpolitischer Aktivitäten gesehen wird.

Unbestritten ist, dass gerade im Feld der Urheberrechtspolitik der Ball zu einem großen Anteil bei den europäischen Institutionen liegt. Diesem Politikfeld wird eine sehr große Bedeutung zur Sicherung von Wissensgesellschaft und Kulturwirtschaft beigemessen.

Das Europäische Parlament hat in der nunmehr zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Reihe von Initiativen in den Feldern ergriffen, die von den Parteien als besonders wichtigerachtet werden. Es war und ist gerade in der Urheberrechtspolitik der Gegenspieler zur Kommission, die stärker wettbewerbs- als kulturpolitisch agiert. Das Parlament hat Berichte zur Mobilität der Künstler vorlegt. Es hat die Kommission immer wieder zur Umsetzung der Konvention Kulturelle Vielfalt angehalten. Die Mitglieder des Parlaments streiten für Medienvielfalt und den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Es sollten daher alle die Chance nutzen und bei der anstehenden Wahl alle Parlamentarier durch eine große Wahlbeteiligung unterstützen. Demokratie lebt von Einmischung und von Wahlen. Gehen Sie wählen!

*Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■*

## Bündnis 90/Die Grünen

### BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**1** Wir Grüne sind erfreut und sehen es auch als einen Erfolg unserer Arbeit an, dass die Europäische Kommission erstmals eine offizielle Mitteilung über die strategische Bedeutung der Kulturpolitik für das Gelingen der europäischen Einigung, die Akzeptanz Europas durch seine Bürgerinnen und Bürger, sowie das außenpolitische Selbstverständnis der EU und die Rolle der Kultur herausgegeben hat. Europas Selbstverständnis fußt darauf, nach den verheerenden Kriegen und den Totalitarismen nationalsozialistischer und stalinistischer Provenienz, an einer friedlichen Lösung seiner politischen und kulturellen Konflikte zu arbeiten. Kultur soll ermöglichen, dass Menschen involviert werden in die Fragen der Zukunft Europas, dass sie sich des europäischen Kulturschatzes bewusst sind und stolz auf seine Differenziertheit sind. Kultur sollte aus Grüner Sicht einen Beitrag leisten, soziale Inklusion und Werteorientierung in einer Zeit der schnellen technologischen und ökonomischen Veränderungen zu vermitteln. Kulturpolitik ist aber auch ein strategischer Teil der Außenpolitik, der das europäische Selbstverständnis der kulturellen

Vielfalt kommuniziert. Es geht nicht um „Einfalt in der Vielfalt“ und eine Beschwörung von falsch verstandener Vielfalt als Harmonie – es geht vielmehr um die Kunst der Konfliktbearbeitung als europäischem Gut. Dies wird unser Leitbild auch in der kommenden Legislatur sein.

**2** Wir wollen mit der Methode der offenen Koordinierung selbstbewusst weiterarbeiten.

**3** Wir werden, wann immer möglich, die kulturpolitischen Akteure in unsere Beratungen einbeziehen und sie beispielsweise zu Anhörungen nach Brüssel einladen. Viel entscheidender ist jedoch, dass darüber hinaus ein ständiger Dialog zwischen allen Beteiligten stattfindet.

**4** Die UNESCO Konvention hat für Europa eine große Bedeutung und aus diesem Grunde müssen auch in Zukunft Herausforderungen und Schwierigkeiten für die Implementierung überwunden werden. Derzeit verhandelt das Europäische Parlament über das so genannte Telekom-Paket. Dabei handelt es sich um ein Maßnahmenpaket, mit

dem die Europäische Kommission die Divergenzen zwischen den nationalen Regulierungsansätzen bereinigen und den Weg zu einem einheitlichen europäischen Markt ebnen will. Das Europäische Parlament hatte, gerade auch auf Druck der Grünen Fraktion, in der ersten Lesung den Ansatz abgelehnt, dass den kommerziellen Handel und die Vergabe mit Funkfrequenzen, die bis dato von Radio- und Fernsehbetreibern genutzt werden, ermöglicht hätte. Funkfrequenzen dürfen nicht einseitig Marktinteressen geopfert werden. Sie sind eine Schlüsselressource für die mediale Vielfalt in Europa. Es muss auch in Zukunft eine Balance zwischen Marktinteressen und dem dualen Rundfunksystem geben, gerade weil klassische und neue Medien immer mehr zusammenwachsen und die Internet- und Mobilkommunikation auch für die öffentliche Meinungsbildung immer wichtiger wird. Daher muss bei der Neufassung der europäischen Telekom-Richtlinie insbesondere auch darauf geachtet werden, dass die mediale und kulturelle Vielfalt auf sämtlichen relevanten Übertragungswegen sichergestellt und gefördert wird. Dazu zählt ein bezahlbarer Breitbandanschluss für die gesamte Bevölkerung genauso wie die freie Verbreitung öffentlich-rechtlicher Sender und von Bürgermedien wie Offenen Kanälen und Freien Radios. Es darf zu keiner Gefährdung des Rundfunks als Kulturgut kommen. Nicht von ungefähr ist die Medienvielfalt als Politikziel auf europäischer Ebene bereits verankert und findet Eingang in der Europäischen Grundrechte-Charta und im Reformvertrag von Lissabon.

**5** Die grenzüberschreitende Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden ist essentiell, damit

sich ein gemeinsamer „europäischer Kulturraum“ entwickeln kann und kulturelle Vielfalt und ein interkultureller Dialog entstehen können. Die Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden ist seit 2000 einer der Schwerpunkte des Programms „Kultur“ und auch in der Neuauflage des Programms für den Zeitraum 2007-2013. Wir Grüne haben dies entschieden unterstützt und wollen uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die grenzüberschreitende Mobilität für Künstler und Kulturschaffenden aus Drittstaaten vereinfacht wird, zum Beispiel bei der Vereinfachung der Visavergabe und mehr Fördermittel.

**6** In Zeiten der digitalen Revolution, wie wir sie durch das Internet erleben, müssen neue Konzepte geschaffen werden, um die kulturelle Vielfalt zu schützen und zu fördern und Künstlerinnen und Künstlern für die Bereitstellung ihrer Werke im Internet zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Ein möglicher Lösungsansatz ist die Einführung einer Kulturflatrate für die digitale Welt. Durch von uns in Auftrag gegebene Gutachten sehen wir Grüne uns in unserer Position bestätigt, dass eine Kulturflatrate nach nationalem und europäischem Recht machbar wäre. Solch ein Modell würde beinhalten, dass per staatlicher Lizenz Verträge mit Internet-Providern geschlossen werden, bei denen jeder, je nachdem, wie viel Daten er oder sie aus dem Netz runterlädt, nach unterschiedlichen Preisen gestaffelte „Flatrate-Pakete“ für digitale Inhalte erwerben kann. Die Kulturflatrate ist kein Allheilmittel für eine gerechte Vergütung von Kreativen, doch sie kann ein wichtiger Baustein sein, Urheberinnen und Urhebern ein ihnen zustehendes, zusätzliches Einkommen zu ermöglichen

**7** Wir Grüne haben uns immer für den Erhalt der Befreiung der Mehrwertsteuer wie für den ermäßigten Satz der Mehrwertsteuer im Kulturbereich eingesetzt. Die Mehrwertsteuerbefreiung für Theater und Museen, sowie die reduzierten Mehrwertsteuersätze auf Bücher, Zeitungen und klassische Kunst sind wichtig und müssen beibehalten werden. Dies muss auch für neue Kunstformen (im Bereich der neuen Medien) gelten, die nicht weiter von Mehrwertsteuerermäßigungen ausgeschlossen werden sollten.

**8** Das Kulturprogramm 2007-2013 ist mit 400 Millionen Euro für 27 Mitgliedsländer dotiert, was bedeutet, dass pro Jahr zirka 60 Millionen Euro für den Kulturetat für ganz Europa bereitstehen. Das ist viel zu wenig für ganz Europa, denn der Betrag entspricht dem, was zwei große Opernhäuser in Deutschland pro Jahr an staatlichen Zuschüssen erhalten. Deswegen gab es 2005 auch eine große Kampagne, um den Kulturetat drastisch zu erhöhen. Im Durchschnitt wurden in der letzten Finanzierungsperiode von 2000 bis 2006 nur 7 Cent pro Unionsbürger für Kultur ausgegeben: Ziel der Kampagne „70 cents for culture“ war eine Verzehnfachung des Betrags auf 70 Cent. Für eine Mehrheit im Rat und eine signifikante Erhöhung des Kulturetats hat es leider nicht gereicht. Aber nur, wenn sich die Regierungen von der Nettozahler-Mentalität verabschieden und die gemeinsame Politik eine neue Wertigkeit erhält, wird Europa die richtigen Zukunftsinvestitionen tätigen. Wir Grüne werden uns dafür weiter einsetzen, den EU-Haushalt zu reformieren und mehr Geld für Kultur bereitzustellen. In diesem Sinne soll es auch in Zukunft eine Folgekampagne für „70 cents for culture“ geben.

## CDU



**1** Deutschland ist eine europäische Kulturnation, Europa ist eine Kultur- und Wertegemeinschaft. Die Bürger der europäischen Staaten verbindet das Bewusstsein einer europäischen Identität, die sich aus gemeinsamen Traditionen, religiösen, ideen- und geistesgeschichtlichen Quellen speist. Kultur steht im Zentrum des europäischen Einigungsprozesses und Kultur besitzt auch eine besondere Bedeutung für die Weiterentwicklung der europäischen Regionen. Die europäische Kulturpolitik steht dafür, dass die Europäische Union mehr als eine Freihandelszone und auch mehr als eine politische Interessengemeinschaft ist.

Staat und Politik sind nicht für die Inhalte von Kunst, sondern für die Bedingungen verantwortlich, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Für die europäische Kulturpolitik gelten in besonderem Maße die Grundsätze der Subsidiarität und der Kulturhoheit der Mitgliedstaaten. Sie muss das beste Beispiel für die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips sein. Sie muss von unten nach oben wachsen.

Gleichzeitig gibt es kultur- und medienpolitische Themen, die einen europäischen Rechtsrahmen notwendig machen. Dazu gehören

etwa Fragen des Urheberrechts für Kulturschaffende oder des grenzüberschreitenden Fernsehens. Kultur als politische Querschnittsaufgabe besitzt damit einen wichtigen Stellenwert im Kanon der europäischen Politikfelder, auch wenn sich die besondere Struktur einer Kulturpolitik in Europa von anderen Bereichen unterscheidet.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass alle Ebenen auch weiterhin unter Beachtung ihrer jeweiligen besonderen Zuständigkeiten für die Berücksichtigung der Belange von Kunst, Kultur und Medien eintreten. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik dort aktiv gestalten, wo ein echter europäischer Mehrwert für die Kultur geschaffen werden kann.

**2** Wir wollen ein starkes Europa auf der Grundlage von Subsidiarität und kultureller Vielfalt, denn die Kraft Europas ist seine Vielfalt. Auch für die Methode der offenen Koordinierung gilt: Dort, wo ein echter europäischer Mehrwert für die Kultur geschaffen werden kann, werden wir kulturpolitisch gestalten.

Mehr Kultur und nicht mehr Politik ist unser Ziel. Deshalb haben wir die Diskussion um die Einführung der offenen Koordinierung im Kulturbereich

reich auf europäischer Ebene kritisch begleitet. Bund und Länder waren sich einig, dass die Kulturpolitik in Europa nicht mit anderen Bereichen gleichgesetzt werden kann. Der Deutsche Kulturrat hat diese Vorbehalte geteilt. Mit unseren Forderungen konnten wir uns durchsetzen und haben den Grundsatz der Freiwilligkeit bei der Mitwirkung an dieser Methode festgeschrieben. Hieran werden wir festhalten.

**3** Unsere Antworten auf die beiden vorausgehenden Fragen haben die besondere Struktur des Kulturbereichs auf europäischer Ebene beschrieben. Diese Situation gilt es bei Ihrer Frage nach den kulturpolitischen Entscheidungsprozessen in der Europäischen Union zu berücksichtigen, denn im Kulturbereich besitzt der EU-Ministerrat gegenüber der Europäischen Kommission ein besonderes Gewicht.

Die von der Europäischen Kommission geschaffenen zusätzlichen Plattformen sowie das jährliche Kulturforum für die Partizipation kulturpolitischer Verbände und Institutionen sind sicherlich zu begrüßen, entscheidend ist jedoch die gemeinsame Willensbildung auf nationaler Ebene, um klare deutsche Positionen in Brüssel vertreten zu können. Deshalb ist die Einbindung kulturpolitischer Verbände und Institutionen auf nationaler Ebene für eine erfolgreiche europäische Kulturpolitik bedeutsam. Die CDU wird sie in ihre Beratungen selbstverständlich weiterhin wie gewohnt einbeziehen.

**4** Die UNESCO-Konvention beinhaltet sowohl die Förderung als auch den Schutz kultureller Vielfalt. Die aktive Förderung und die Bewahrung kultureller Vielfalt zählt ebenso zu den Grundwerten der Europäischen Union, die in Artikel 151 EG-Vertrag festgeschrieben und auch nach in Kraft treten des Lissabonner Vertrages unverändert gültig ist.

Die CDU begrüßt daher das MEDIA Mundus-Programm der Europäischen Kommission zur Förderung der europäischen Filmwirtschaft und zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit mit Staaten außerhalb der Europäischen Union. Die CDU wird sich auf europäischer Ebene weitergehend für die Bewahrung kultureller Vielfalt stark machen, damit dieses Ziel auch im europäischen Binnenmarkt noch mehr Beachtung findet.

Medien sind ein wesentliches Element unserer freiheitlichen Ordnung mit einer herausgehobenen Verantwortung, ein besonders schützenswertes Kultur- und Wirtschaftsgut. Medienvielfalt ist keineswegs selbstverständlich, sondern eine politische und kulturelle Errungenschaft, die es zu sichern und immer wieder neu zu festigen gilt. Bei der Überarbeitung der Rundfunkmitteilung aus dem Jahr 2001 werden wir deshalb weiterhin die stärkere Berücksichtigung der Ziele der UNESCO-Konvention einfordern.

**5** Die europäische Einigung bringt jedem Einzelnen mehr Freiheit und verbessert angesichts zunehmend offener Grenzen auch die

Möglichkeiten persönlicher Mobilität. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler nutzen dies bereits heute erfolgreich für ihre Arbeit und lassen sich von anderen europäischen Ländern und Kulturen inspirieren. Auf nationaler Ebene hat die unionsgeführte Bundesregierung seit 2005 mit mehreren Programmen die Kulturbegegnungen und transnationale Kulturprojekte insbesondere auch mit unseren östlichen europäischen Partnerländern gezielt gefördert.

Für die CDU ist es ein wichtiges Anliegen, die Mobilität von Kulturschaffenden innerhalb der Europäischen Union sowie den Austausch mit anderen Staaten weiter zu stärken und auszubauen. Wir begrüßen, dass der EU-Ministerrat die Verbesserung der Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern als einen Schwerpunkt erkennt und hierzu eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat. Eine erfolgreiche Umsetzung braucht die enge Abstimmung und einen europäischen Lösungsansatz, damit aus nationalen Bestimmungen etwa im Sozial- oder im steuerlichen Bereich keine neuen Hemmnisse erwachsen. Für die CDU ist entscheidend, dass gute Rahmenbedingungen die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern vereinfachen und erleichtern und so den kulturellen Dialog stärken.

**6** Klar definierte geistige Eigentumsrechte sind eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit von

## Fortsetzung von Seite 32

Künstlerinnen und Künstlern sowie für unseren wirtschaftlichen Erfolg in der Wissensgesellschaft insgesamt. Weltweit wird das Recht an geistigem Eigentum – insbesondere im Internet – jedoch vielfältig missachtet.

Die CDU setzt sich deshalb für die weitere Verbesserung der Mechanismen zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen ein. Eine Reihe von Verbesserungen konnte die CDU insbesondere im „Zweiten Korb“ der Novelle des Urheberrechts erreichen und beispielsweise die Einführung einer Bagatellklausel verhindern.

Um geistiges Eigentum im Internet besser zu schützen, wollen wir zu weiteren Vereinbarungen kommen, bei denen auch die Provider stärker in die Verantwortung genommen werden. Dies gilt ganz besonders für die europäische Ebene, nationale Maßnahmen greifen hier oft zu kurz. Wir wollen ebenso den finanziellen Wert kultureller Leistungen stärker im gesellschaftlichen Bewusstsein verankern. Kulturgenuss ohne die Bereitschaft, das Werk von Künstlerinnen und Künstlern zu honorieren, führt letztlich zur kulturellen Verarmung. Drittens gilt es die Vergütung von Urhebern zu verbessern. Auch dafür wollen wir einen europäischen Rechtsrahmen für die Tätigkeit der

Verwertungsgesellschaften erreichen.

Die CDU will den Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestalten. Das Finanzierungssystem muss grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten reformiert werden, ohne dass die Europäische Union eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält.

Auf nationaler Ebene hat sich die Umsatzsteuerbefreiung der öffentlichen sowie von freien Theatern, Orchestern, Kammermusikensembles und Chören bewährt. Sie eröffnet

finanzielle Spielräume im Kulturbereich und dient so den Künstlerinnen und Künstlern. Wir werden uns deshalb für ihren Erhalt ebenso wie etwa für die Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Printmedien einsetzen. Weitere Überlegungen gilt es im Rahmen einer steuerlichen Gesamtkonzeption zu prüfen.

Für die CDU ist die Kulturförderung keine Subvention, sondern eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Bereits die Antwort auf Ihre erste Frage unterstreicht die Bedeutung der Kultur für die europäische Integration. Insofern ist eine noch bessere finanzielle Ausstattung europäischer

Kulturförderprogramm sicherlich wünschenswert. Der erste Schritt muss allerdings die Umgestaltung des Finanzierungssystems und auch des Haushalts der Europäischen Union sein. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert im Antrag „Einheit in Vielfalt – Kulturpolitik in und für Europa aktiv gestalten“, einen höheren Anteil des Haushalts der Europäischen Union als bisher für den europäischen Kulturaustausch bereit zu stellen. Zusätzliche Kosten für die Mitgliedstaaten im Kulturbereich würden zu Lasten des Bundeshaushaltes gehen. Dies lehnen wir ab, weil dies auch den kulturpolitischen Spielraum auf nationaler Ebene beschränkt.

## CSU



Europa ist zuallererst eine gewachsene Kulturgemeinschaft, die in der Spätantike aus der Verschmelzung von christlich-jüdischem und griechisch-römischem Erbe entstanden ist. Ihre besondere Prägung hat sie außerdem durch den Dreiklang der drei großen Völkerfamilien, die romanische, germanische und slawische Sprachen sprechen, erhalten, ergänzt durch kleinere, sehr eigenständige Nationen wie Ungarn, Finnen oder Basken. Das Gemeinsame zwischen den europäischen Völkern ist größer als das Trennende, weshalb die europäische Kultur – die viel älter ist als die Nationalstaaten – eine wichtige völkerverbindende Rolle in der EU spielt. Gleichzeitig lebt Europa aber auch von der großen Vielfalt seiner Regionen und Nationen. Deshalb wendet sich die CSU gegen jede synthetische Einheitskultur und jeden kulturpolitischen Zentralismus, weil dies dem vielgestaltigen und toleranten Charakter der europäischen Kultur in keiner Weise gerecht würde. Europa muss die kulturellen Besonderheiten seiner Regionen achten und schützen und den Menschen dadurch eine Heimat bewahren.

Angesichts der Zuständigkeiten der Nationalstaaten sowie der Kulturhoheit der deutschen Bundesländer muss sich europäische Kulturpolitik nach Meinung der CSU auf drei zentrale Kernpunkte konzentrieren:

- Bewahrung und Vermittlung kulturell verbindender Elemente zur

Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und des Völkerverständigungsgedanken.

- Verteidigung und Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt.

- Deziert subsidiäre Ausgestaltung jener kulturpolitischen Themen, die einen europäischen Rechtsrahmen notwendig machen, etwa auf dem Gebiet der Telekommunikation, der grenzüberschreitenden Medien oder des Urheberrechts.

Politische Initiativen wollen wir in der nächsten Wahlperiode vor allem ergreifen, um die grenzüberschreitende regionale Kulturzusammenarbeit zu verbessern – etwa in den Euroregionen mit Österreich oder der Tschechischen Republik – sowie der Vielsprachigkeit u. a. auch durch Förderung der deutschen Sprache zu dienen. Deutsch ist die meistverwendete Muttersprache in der EU und die am zweitstärksten verbreitete Fremdsprache. Dies muss seinen Ausdruck auch in den Europäischen Institutionen, auf internationaler Ebene und in der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands wie der EU finden.

Ein besonderes Anliegen ist uns auch die Unterstützung deutschsprachiger Volksgruppen und Minderheiten in den Nachbarstaaten sowie die Bewahrung und Fortentwicklung des kulturellen Erbes der deutschen Heimatvertriebenen bzw. Aussiedler und ihrer Nachkommen.

Der Methode der offenen Koordination steht die CSU skeptisch gegenüber, denn sie führt häufig zu Kompetenzüberschreitungen, die die Kulturhoheit der Länder tangieren. Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Europäische Kulturpolitik kann von der EU begleitet, muss aber vor allem von Staaten, Ländern, Regionen, Kommunen und privaten Initiativen bzw. kreativen Einzelpersonlichkeiten gestaltet werden. Kultur sollte außerdem so weit wie möglich frei von Politik gehalten werden und lebt in erster Linie von der Schaffenskraft der Künstler und kulturell Tätigen.

Grenzüberschreitende Kulturzusammenarbeit soll auch künftig dem Grundsatz der Freiwilligkeit unterliegen. Jeder Brüsseler Dirigismus würde ein Weniger an typisch europäischer Kreativität nach sich ziehen.

Nach Auffassung der CSU ist es die Aufgabe der Europäischen Union die vielfältigen und eigenständigen Initiativen wo möglich aufzugreifen und wenn nötig im Rahmen der geltenden Zuständigkeitsverteilung und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips zu fördern. Kulturelle Initiativen und Verbände der europäischen Zivilgesellschaft müssen von Politikern aller Ebenen, auch der Europäischen Institutionen, intensiver als bisher gehört und in den europäischen Willensbildungsprozess weit über die reine Kulturpolitik hinaus einbezogen werden. Kultur ist die Summe der Lebensbeziehungen und daher die Basis für das Zusammenleben der Menschen.

Kulturelle Vielfalt kann und darf nicht geplant, sondern muss behutsam geschützt werden. Dieser Auftrag ist in Art. 151 des EG-Vertrages verankert und schlägt sich in mehre-

ren EU-Programmen nieder. Franz Josef Strauß formulierte schon in den sechziger Jahren, dass wir nur dann Deutsche, Italiener oder Franzosen bleiben können, wenn wir rechtzeitig Europäer werden. Die EU hat also die Funktion eines schützenden Daches für die vielen europäischen Kulturen gegen nivellierende Einflüsse. Deshalb legen wir auch Wert auf die Förderung der europäischen Filmwirtschaft und auf die Sicherung unserer schützenswerten Kulturgüter, der Medien- und der Sprachenvielfalt, die allesamt in der UNESCO-Konvention einen wichtigen Rückhalt erfahren, der auch durch innere Zentralisierungsbestrebungen in der EU nicht konterkariert werden darf.

Mobilität wurzelt in den Grundfreiheiten, die das Wesen der EU ausmachen. Künstler waren in der Geschichte immer der mobilste Teil der europäischen Bevölkerung, ihr Schaffen endete nicht an nationalen oder sonstigen Grenzen. Gerade Bayern und Deutschland als mitteleuropäische Drehscheibe der europäischen Kulturen haben davon stets profitiert.

Deshalb ist es auch heute ein wichtiges Anliegen der CSU, Aktivitäten der EU, der Mitgliedstaaten, der Bundesländer, der Gemeinden und von privater Seite auszubauen, die die Mobilität von Kunst- und Kulturschaffenden zum Schwerpunkt machen. Insbesondere jungen Künstlern muss die Möglichkeit eröffnet werden, in anderen Ländern zu leben, zu studieren und zu arbeiten.

Für die CSU hat der bessere Schutz geistigen Eigentums einen besonders hohen Stellenwert. Die Verletzung von Urheberrechten vor allem auf anderen Erdteilen schädigt europäische Kunst- und Kultur-

schaffende wirtschaftlich erheblich, nicht zuletzt auch auf dem Gebiet des Internet. Künstler haben wie alle anderen wirtschaftlich Tätigen ein Recht, für ihre Leistungen auch honoriert zu werden und bedürfen aufgrund ihres meist selbständigen Status auch auf diesem Gebiet eines besonderen Schutzes und einer besonderen Förderung. Die Vergütung von Urhebern muss verbessert und die Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen effizienter werden. Verwertungsgesellschaften brauchen einen verlässlichen europäischen Rechtsrahmen.

Die EU hat keine eigene Steuerkompetenz und soll diese nach Auffassung der CSU auch nicht erhalten. Die zwischen den Mitgliedstaaten der EU vereinbarten Regelungen für ermäßigte Mehrwertsteuersätze bzw. für die Befreiung von der Mehrwertsteuer sollen bis auf weiteres nicht angetastet werden. Im Rahmen dessen wollen wir eine grundlegende Reform des deutschen Steuersystems und insbesondere der Mehrwertsteuer spätestens in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages erreichen.

Es gilt, die vorhandenen Mittel effizienter und unbürokratischer einzusetzen. Außerdem sei betont: Der Großteil der europäischen Kulturförderung muss entsprechend der Zuständigkeitsverteilung von den Mitgliedstaaten und Ländern bzw. Regionen geleistet werden.

Vorhandene europäische Programme sollten aber dort, wo dies möglich ist, verstärkt auch von deutscher Seite genutzt werden. Dazu könnte eine unbürokratischere Abwicklung der Projekte in diesen Programmen einen wichtigen Beitrag leisten.

## Die Linke

## DIE LINKE.

„Kultur ist die Gesamtheit aller Träume und Mühen, die auf die volle Entfaltung des Menschen ausgerichtet sind. Die Kultur braucht diesen scheinbar widersprüchlichen Pakt: Die Vielfalt nach Grundsatz der Einheit machen, die Unterschiede vertiefen, aber nicht um zu teilen, sondern um zu bereichern. Europa ist eine Kultur oder es bleibt bedeutungslos.“ Denis de Rougemont

Spät aber noch nicht zu spät setzt sich in der europäischen Politik die Erkenntnis durch, dass die europäische Integration ohne kulturellen Dialog nicht gelingen kann und

dass es dazu einer abgestimmten Kulturpolitik der Mitgliedstaaten bedarf. Wir plädieren für eine Politik, die sich auf den Schutz und die Förderung von Kultur in ihrer Vielfalt richtet und der Kulturpolitik einen höheren Stellenwert gibt. Dabei geht es uns nicht nur um den traditionell eng begrenzten Verantwortungsbereich von Kulturpolitik. Kultur ist als Träger von Identität, Werten und Sinn eine grundlegende Ressource gesellschaftlicher Entwicklung und Voraussetzung ihrer Zukunftsfähigkeit. Die Möglichkeiten zur Teilhabe an Bildung und Kultur, an den Werken

der Künste wie auch an den neuen Kommunikationsformen der Medien entscheiden zunehmend über soziale Chancen, reale Freiheit und gesellschaftliche Partizipation jedes Einzelnen und damit zugleich über die Wandlungsfähigkeit moderner Gesellschaften. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen ist eine Aufgabe, die weit über das Arbeitsfeld der Kulturpolitik hinausgeht und einen ressort- und ebenenübergreifenden Ansatz braucht; denn Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Nur wenn alle Politikfelder sich ihres kulturellen Hintergrundes und ihrer Verantwortung bewusst werden und diese wahrnehmen, kann Europa als Projekt gelingen. Und nur wenn Kulturpolitik auch auf die gesellschaftlichen Probleme reagiert und an deren Lösung mitwirkt, gibt es eine

Chance auf ein soziales, kulturell vielfältiges, friedensfähiges und Frieden sicherndes Europa. Das aber ist noch eine Vision.

DIE LINKE sieht die derzeitige Politik in der Europäischen Union kritisch. Wir wollen eine andere, eine bessere EU ohne Ausgrenzung und Armut, ohne wachsende soziale Spaltung, in der ein Leben in Würde für alle gesichert ist. Wir wollen eine friedliche EU, die im Sinne der Charta der Vereinten Nationen Krieg ächtet und als Teil der einen Welt gleichberechtigte internationale Beziehungen fördert. Und wir wollen eine EU, in der die Menschenrechte und die Entwicklungsmöglichkeiten aller Vorrang haben vor Marktradikalismus und Profitstreben. „Culture comes before Economy.“ sagte Barroso 2004. Das ist ein später uns sympathischer

Wechsel im Denken über Europa, aus dem aber nun Konsequenzen für eine andere Politik gezogen werden müssen. Für einen solchen Politikwechsel streiten wir.

„DIE LINKE steht für ein kulturell vielfältiges Europa, für einen Perspektiven- und Geschichtsdialog zwischen unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Ansätzen und für einen Beitrag zur Lösung der globalen sozialen Probleme.“ – heißt es in unserem im Februar in Essen beschlossenen Europawahlprogramm. „Europas Geschichte lehrt: Die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen und die Verständigung über Gemeinsamkeiten wie über Differenzen und Interessenkonflikte ist existenzielle

Fortsetzung von Seite 33

## Antworten Die Linke

Bedingung für ein friedliches Miteinander innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Dazu gehört die Achtung und Bewahrung des humanistischen Erbes. Wir sehen in der Mitteilung der Kommission über eine europäische Kulturagenda den Auftakt für eine abgestimmte europäische Kulturpolitik, die die kulturelle Vielfalt und Eigenständigkeit der Mitgliedsländer, wie auch die von Regionen und Minderheiten, schützt und fördert. Wir lehnen die schrankenlose Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab. Eine mit Leben erfüllte Kulturvertragsklausel, wie sie in den europäischen Verträgen festgehalten ist, muss dafür stehen, dass Kultur nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine gesellschaftliche Produktivkraft ist. Besondere Unterstützung muss den Künstlerinnen und Künstlern und allen Kulturschaffenden gelten, für deren freie Entfaltung und soziale Absicherung wir aktiv eintreten. Vor allem geht es um Rahmenbedingungen im Steuer-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Urheberrecht, die kulturelle Produktivität und Kreativität nachhaltig gewährleisten.“ In diesem Sinne werden wir im Europäischen Parlament tätig werden.

**2** Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages hat auch für die europäische Kulturpolitik wichtige Handlungsempfehlungen erarbeitet (siehe BT-Drs. 16/7000, S. 411-433). Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese parteiübergreifend beschlossenen Empfehlungen zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt umgesetzt werden.

Die Enquete-Kommission hat Bund und Ländern empfohlen, sich unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure aktiv in die Erarbeitung einer europäischen Kulturagenda einzubringen und den für die europäische Kulturpolitik vorgeschlagenen Prozess der offenen Koordinierung unter Wahrung des Prinzips der Subsidiarität zu unterstützen und aktiv mitzugestalten (ebenda, S. 414). Diese Empfehlung war schon in der Kommission umstritten und ist es bis heute. Die FDP hatte dazu ein Sondervotum eingebracht. DIE LINKE hat diese Bedenken nicht geteilt. Wir sehen darin keinen Gegensatz zum Subsidiaritätsprinzip, dieses kann und muss gewahrt bleiben. Auch unser Anliegen ist es, dass es jeweils schon im Vorfeld eine breite und offene Diskussion über von der Europäischen Kommission geplante Maßnahmen gibt. Wir sehen allerdings aufgrund der föderalen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland durchaus Schwierigkeiten darin, eine Abstimmung und Koordination über ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene zu ermöglichen.

Was uns aber mehr bewegt, ist die Richtung, in die wir bei der Mitgestaltung der Europäischen Kulturagenda gehen. Wir unterstützen die Absicht, die kulturelle Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern ebenso wie die Zielstellung, die kulturelle Vielfalt und den kulturellen Dialog zu befördern. Das halten wir sowohl in der europäischen Innenpolitik als auch in der Außenpolitik für erforderlich. Eine Unterordnung unter wirtschaftliche Zwecke aber – wie sie sich in der Einbettung der Kulturagenda in die Lissabon-Strategie äußert – lehnen wir ebenso ab wie eine Instrumentalisierung von Kultur für innen- und außenpolitische Ziele der EU.

Wir teilen die Kritik des Europäischen Parlaments in seiner Entschließung vom 10. April 2008, in der es heißt, „dass die in der Agenda angeführten Ziele der Kultur allge-

mein einen erheblichen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ganz allgemein instrumentalen Wert zusprechen, aber nicht die Frage nach ihrem Wert an sich (culture qua culture) ansprechen.“ Auch wir halten es für notwendig, „die Besonderheiten des Sektors als Kultur und Wirtschaftsgüter zu berücksichtigen, insbesondere was seine kreative und innovative Kapazität sowie seine gesellschaftliche Bedeutung angeht.“

Eine gesicherte soziale Lage von Künstlern ist Voraussetzung von kultureller Produktivität und Kreativität. Deshalb werden Initiativen, die sich auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern richten – von angemessenen Rahmenbedingungen im Steuer-, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, sowie im Urheberrecht bis zur Einführung eines speziellen Visums für Künstlerinnen und Künstler – einen Schwerpunkt unserer Arbeit im Europäischen Parlament darstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit werden Maßnahmen zur Förderung der kulturellen Bildung sein. Wie in der Innenpolitik streiten wir auch in der Europäischen Union für kulturelle Bildung für alle von Anfang an. Wir wollen allen Kindern die Chance geben, Literatur, Musik, Bildende Kunst, Theater, Film, Videos und gute Computerspiele – kurz die ganze Vielfalt künstlerischer und medialer Ausdrucksformen auch aus den anderen Ländern der Europäischen Union kennen zu lernen.

**3** Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten Entscheidungsprozessen. Die Institutionen der EU sollten sich stärker für die Beteiligung der Zivilgesellschaften öffnen, die so die Möglichkeit erhalten schon bei der Entscheidungsfindung mitzuwirken und die Umsetzung getroffener Entscheidungen zu begleiten. Notwendig ist eine bessere Information über die Entscheidungsprozesse. Vor allem aber müssen die Akteure auch die notwendige Unterstützung erhalten, um an diesem Dialog teilnehmen zu können.

Die Kommission strebt einen Ausbau des Dialogs mit dem Kultursektor an, will ihn dazu auch stärker strukturieren. Der kulturelle Sektor ist in besonderer Weise heterogen (einzelne Berufsverbände, kulturelle Institutionen, Netzwerke, Initiativen und privatwirtschaftliche Akteure), die nur teilweise auch über die nationalen Grenzen hinaus miteinander kommunizieren. Bislang hat der Kulturbereich auf europäischer Ebene nur eine schwache Stimme. Das muss sich auch aus unserer Sicht ändern. Wir halten es für notwendig, dass sich die Verbände des Kulturbereichs auch auf europäischer Ebene organisieren und die europäische Kulturpolitik sparten- und bereichsübergreifend beobachten und begleiten. Solche Strukturen sind am Entstehen. Dieser Prozess sollte gefördert werden. Ein Problem ist, dass es sich derzeit nur wenige zahlungskräftige Akteure leisten können, vor Ort zu sein. Wir regen an, dass auf Antrag auch solche zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit zur Beteiligung erhalten, denen dazu die Mittel fehlen.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ an die Bundesregierung und die Europäische Kommission, die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen in die Lage zu versetzen, die europäische Kulturpolitik sparten- und bereichsübergreifend zu begleiten, nationale Diskussionsprozesse zu europäischen Diskussionen und den Kontakt zu ähnlichen Zusammenschlüssen aus anderen EU-Mitgliedstaaten zu fördern (BT-Drs. 16/7000, S. 419).

**4** DIE LINKE ist von Beginn an für eine Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt eingetreten und wird sich nun auch auf europäischer Ebene für deren Umsetzung engagieren. Dabei sehen wir eine enge Verbindung mit der Umsetzung der im Amsterdamer Vertrag festgehaltenen sogenannten Kulturverträglichkeitsklausel. Es geht schlicht darum, alle Gesetzesinitiativen auf ihre Folgen für den Erhalt und die Entwicklung der kulturellen Vielfalt zu prüfen.

Folgende Aspekte der Konvention sind uns besonders wichtig. Mit dem Übereinkommen wird eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Kulturpolitik geschaffen. Zugleich werden die künftigen Vertragsstaaten auf die Förderung von kultureller Vielfalt und Pluralismus verpflichtet. Kulturelle Güter und Leistungen werden nicht nur als Wirtschafts- sondern auch als Kulturgut betrachtet. Die Konvention richtet sich damit gegen Bestrebungen, die Märkte der Kulturindustrie zu liberalisieren.

Unser Anliegen ist, dass die Möglichkeiten zur öffentlichen Förderung im Kultur- und Medienbereich erhalten bleiben, um auch weiterhin kulturelle und mediale Vielfalt und sozial gleichen Zugang für alle sichern zu können. Kulturelle Güter und Leistungen sind auch Waren. Uns ist bewusst, dass sie in die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge einbezogen sind. Als Moment der Identität und des Selbstbewusstseins von Ländern und Regionen sind sie aber zugleich öffentliche Güter der Völker. Die Teilhabe an ihnen ist ein Menschenrecht. Sie dürfen nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien betrachtet werden und bedürfen des Schutzes und der öffentlichen Förderung.

Wir wollen, dass dies sowohl bei den Verhandlungen in der Welthandelsorganisation als auch bei den Entscheidungen der Europäischen Parlaments und der Kommission in der Binnenpolitik stärker berücksichtigt wird. Wie notwendig die Anwendung dieser Prinzipien auch innerhalb der EU ist, zeigt sowohl die Empfehlung der EU-Kommission zur „länderübergreifenden kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die für legale Online-Musikdienste benötigt werden“ vom 18. März 2005 wie auch die Mitteilung zu „kreativen Online-Inhalten“ vom 3. Januar 2008. Beide Dokumente orientieren sich vor allem an den Gesetzen des Binnenmarktes. Wir unterstützen deshalb die Forderung des Europäischen Parlaments, die UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt auch innerhalb der EU konsequent umzusetzen und ihre Beachtung bei der Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen zu gewährleisten.

Handlungsbedarf sehen wir nicht zuletzt mit Blick auf die Vielfalt der Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der zunehmend unter den Druck des europäischen Wettbewerbsrechts gerät. Wir setzen uns für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Dessen Rückkehr zu einer konsequent werbefreien, nichtkommerziellen Ausrichtung soll dabei die Grundlage für Qualität bilden. Ferner ist Kernthema linker Medienpolitik für Europa der demokratische Zugang zu modernen Kulturtechniken, zu offenen Plattformen, zu ihrer Programmierbarkeit und sicheren Anwendung. Ein Breitband-Internet für alle ist die erste Forderung, um den digitalen Graben, den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation, zu beenden und Vielfalt zu ermöglichen.

**5** Die Mobilität kultureller Akteure wird als ein strategisches Ziel in der Europäischen Kulturagenda 2007 und im EU-Arbeitsplan für die Kultur

2008-2010 genannt. Auch aus unserer Sicht ist das ein wesentliches Arbeitsfeld, dem wir uns widmen werden. Auf welche Initiativen wir uns dabei konzentrieren, bedarf noch der Verständigung unter uns wie auch mit den betroffenen Kulturverbänden.

Eine Grundlage für die Konkretisierung der Ziele in diesem Bereich bildet der Bericht über den sozialen Status der Künstler vom 23.5.2007 und die darauf folgende Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Juni 2007 zum Sozialstatut der Künstler und Künstlerinnen. In der Entschließung wird ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, die das Vertragsverhältnis, die soziale Sicherheit, die Krankenversicherung, die direkte und indirekte Besteuerung und die Übereinstimmung mit den europäischen Vorschriften beinhalten und auf die Verbesserung der Mobilität der Künstler zielen. So wird z.B. gefordert, ein „europäisches Berufsregister“ in der Art des EURO-PASSES für Künstler einzurichten, einen einheitlichen verständlichen praktischen Leitfadens für alle Bestimmungen in Bezug auf Krankenversicherung, Arbeitslosigkeit, Rente u.a. zu erarbeiten, eine spezifisch für europäische Künstler bestimmte europäische elektronische Sozialversicherungskarte zu erproben und eine „Europäische Charta für das künstlerische Schaffen und die Bedingungen seiner Ausübung“ auf der Grundlage einer Initiative wie der der UNESCO zu verabschieden. Darüber hinaus liegt inzwischen eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie des ERICart-Instituts zur „Mobilitätsförderung in Europa“ vor, aus der bestehende Defizite in der Förderpolitik und Empfehlungen für deren Beseitigung hervorgehen. Auf dieser Basis werden wir prüfen, in welcher Weise wir selbst aktiv werden.

**6** Wir wollen Initiativen ergreifen, um kulturelle Produktivität und Kreativität auch unter den neuen Bedingungen der Digitalisierung zu gewährleisten. Dringend notwendig ist aus unserer Sicht eine Stärkung der Rechte und Wirkungsmöglichkeiten der Kreativen. Wir wollen nicht, dass das Urheberrecht zu einem Industrierecht verkommt. Deshalb setzen wir uns für eine Harmonisierung des Urheberrechts auf europäischer und internationaler Ebene, insbesondere des Urhebervertragsrechts und der Urheberpersönlichkeitsrechte ein. Uns geht es darum, allen Urhebern und ausübenden Künstlern einen gesetzlichen Anspruch auf angemessene Vergütung zu sichern. Zugleich wollen wir einen möglichst offenen Zugang zu Ideen und kulturellen Produktionen gewährleisten. Wir streben eine Ausstellungsvergütung für bildende Künstlerinnen und Künstler sowie die Einführung eines modernen Künstlergemeinschaftsrechts (sog. Goethe-Groschen) an.

Wir halten es für dringend notwendig, über neue Lösungsansätze zu diskutieren, die auf einen transparenten und freien Zugang zu Informationen und allen Kulturgütern zielen. Dabei ist eine Vereinfachung der pauschalen Regelungen für die Ansprüche der Urheberinnen und Urheber auf eine angemessene Vergütung anzustreben. Gesellschaftlich bereits diskutierte Konzepte, wie das der Kulturfltrate, werden wir unter Beteiligung der Protagonistinnen und Protagonisten auf ihre Machbarkeit prüfen. Am 15. Mai 2009 werden wir uns auf einer Konferenz der Fraktion mit den Fragen des geistigen Eigentums im digitalen Zeitalter beschäftigen.

Im Europäischen Parlament und anderen Institutionen wird derzeit heftig über den Vorschlag für die Revision der Richtlinie über die Dauer von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten diskutiert. Auch wir sehen den vorliegenden Entwurf

sehr kritisch, weil er real eben nicht, wie dort erklärt, der Verbesserung der sozialen Lage der Musiker dient, sondern vornehmlich einigen großen Musiklabels. Wir werden uns deshalb für eine grundlegende Überarbeitung der Richtlinie einsetzen.

Das zweite große Problemfeld betrifft die Folgen der Empfehlung der EU-Kommission zur „länderübergreifenden kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die für legale Online-Musikdienste benötigt werden“ vom 18. März 2005. Diese Empfehlung sieht vor, dass Rechteinhaber ihre Online-Musikrechte nicht mehr in dem bisherigen System der nationalen Verwertungsgesellschaften anbieten müssen und sie sich auch dieser nationalen Rechteverwaltung entziehen können. Schon jetzt ist absehbar, dass diese Mitteilung die kulturelle Vielfalt in Europa massiv gefährdet. Wie setzen uns deshalb für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments ein, die einen verbindlichen Rahmen für die länderübergreifende kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten schafft und die weitere Existenz der Verwertungsgesellschaften sichert. Die Arbeit der Verwertungsgesellschaften sollte standardisiert werden und Richtlinien in Hinsicht auf Aufsicht, Transparenz und Informationspflichten erlassen werden. Dabei gilt es, den bestehenden Sozial- und Kulturauftrag zu erhalten.

**7** Wir werden uns sowohl für den Erhalt der Befreiung von der Mehrwertsteuer wie auch für den Erhalt der ermäßigten Mehrwertsteuer im Kulturbereich einsetzen. Der ermäßigte Steuersatz ist ein wesentliches Instrument der indirekten Kulturförderung mit großer Bedeutung für alle Bereiche des kulturellen Lebens und sollte deshalb unbedingt erhalten bleiben. Wir plädieren dafür, auch Kunstfotografien in den Kreis der begünstigten Produktgruppen aufzunehmen.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Empfehlungen der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ an den Bundestag und die Bundesregierung, am ermäßigten Umsatzsteuersatz für Kulturgüter festzuhalten sowie den Begriff der ermäßigt besteuerten Kunstgegenstände im Umsatzsteuergesetz um die Kunstfotografie zu erweitern und dabei auf die Definition der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie abzustellen (BT-Drs. 16/7000, S. 257-258).

**8** Ja, wir werden uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kulturförderprogramme einsetzen. Mehr Kulturförderung ist eine Investition in die Zukunft. Mindestens ein Prozent des EU-Haushalts sollte für den Kulturaustausch zur Verfügung stehen.

Das Zusammenwachsen Europas braucht dauerhafte Kulturarbeit und kulturellen Dialog insbesondere mit den neu aufgenommenen oder vor der Aufnahme stehenden Staaten. Die bislang für die Kulturförderprogramme eingesetzten Mittel halten wir angesichts der wachsenden Bedeutung des Kulturaustauschs für zu gering.

Wir setzen uns darüber hinaus für eine stärkere Förderung des europäischen Films und für den Erhalt der Förderungen im Medienbereich ein.

Im Jahr 2007 sind eine Reihe neuer Instrumente der EU-Kulturförderpolitik in Kraft getreten. Neben dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ist hier vor allem das neue spartenübergreifende Förderprogramm „Kultur 2007-2013“ zu nennen. Es dient der Förderung der transnationalen Kooperation von Kultureinrichtungen, -organisationen, -vereinen, und anderen Trägern, die im kulturellen Bereich aktiv sind und hat ein Budget von 400

Weiter auf Seite 35

## Fortsetzung von Seite 34

Millionen Euro. Es zielt darauf ab, die grenzüberschreitende Mobilität von Menschen, die im Kultursektor arbeiten, die transnationale Verbreitung von kulturellen und künstlerischen Werken und Erzeugnissen und den interkulturellen Dialog zu unterstützen. Daneben wird der überwiegende Teil der Kulturförderung der Gemeinschaft (80 %) über die Strukturfonds bereitgestellt, insbesondere durch Mittel aus dem Europäischen Fonds

für Regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds.

Wir begrüßen, dass die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit zunehmendes Gewicht in der EU-Kulturpolitik gewinnt, sehen dabei aber zwei wesentliche Probleme:

Es gibt einen deutlichen Trend zur Förderung immer größerer europäischer Projekte. Das halten wir für bedenklich. Die Antragsmodalitäten sind zu stark formalisiert und die Informationen zur Projektförderung unzulänglich. Wir engagieren uns

dafür, dass auch kleine Initiativen und Projekte in die Förderung einbezogen werden und dass sie für die Antragstellung mehr Information und Hilfe erhalten. Ein Ausbau des Systems von Kulturkontaktstellen in den einzelnen Ländern könnte hier Abhilfe schaffen. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat der Bundesregierung deshalb einen regionalen Ausbau der Strukturen der sog. Cultural Contact Points (CCP) mit dezentralen Ansprechpartnern empfohlen. Sie hat darüber hinaus Bund und Ländern die Einrichtung

von Fonds empfohlen, um die finanziellen Hürden zu überbrücken, die kleinere Kulturinstitutionen und Künstler von der Antragstellung bei der europäischen Union abhalten. Auf der EU-Ebene geht es darum, die Antragsmodalitäten und die Abrechnungsmechanismen zu vereinfachen. (BT-Drs. 16/7000, S. 422) Darüber hinaus sollten mehr längerfristige Projekte aufgelegt werden, derzeit sind sie in der Regel sehr kurzfristig. Und es wäre zu prüfen, ob nicht ein Fonds für eine „offene Förderung“, ohne Eingrenzungen bei Sparten und

Themen, eingerichtet werden könnte. Damit wurden bei der Bundeskulturpolitik gute Erfahrungen gemacht.

Zum zweiten ist zu konstatieren, dass die Fördermittel nur unzureichend erfasst sind. Eine belastbare Quantifizierung der Höhe der EU-Fördermittel ist weder insgesamt noch auf der Ebene einzelner Mitgliedstaaten derzeit möglich. Für dringend notwendig halten wir deshalb, eine einheitliche europäische Kulturstatistik zu etablieren, wie ebenfalls von der Enquete-Kommission empfohlen (ebenda, S. 436).

## FDP

## FDP

## Die Liberalen

**1** Die FDP misst der Kulturpolitik im Kanon der europäischen Politikfelder eine hohe Bedeutung zu, denn Kunst und Kultur sind die Grundlagen in der Gesellschaft für die Verständigung untereinander. Dennoch gilt das Prinzip der Subsidiarität, d. h. die europäische Ebene regelt nur das, was auf nationaler oder anderer Ebene nicht geregelt wird. Europäische Kulturpolitik kann und soll nur komplementär tätig werden. Eine eigenständige Kulturpolitik der Mitgliedstaaten hat gegenüber gemeinsamen Aktivitäten den Vorrang. Der Kulturartikel 151 EGV steht im engen Zusammenhang mit Artikel 5 EGV, dem Artikel über die Subsidiarität. Europäische Kulturpolitik lebt vom Prinzip der Subsidiarität und der Vielfalt der Kulturen.

Kulturelle Vielfalt prägt das Leben der Menschen in Europa. Das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ steht insbesondere für die unterschiedlichen Kulturen Europas und ihr friedliches Miteinander. Kulturelle Vielfalt ist der Nährboden des europäischen Zusammenwachsens. Sie prägt das Leben der Menschen in Europa. Gemeinsame kulturelle Traditionen können für die europäische Gemeinschaft identitätsstiftend wirken. Kultur lebt von der Vielfalt und dem Spannungsverhältnis zwischen Vertrautem und Neuem, zwischen dem Eigenen und dem Fremden.

Generell verweisen wir auf den Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Europäische Kulturpolitik neu ausrichten“ (BT-Drs. 16/11909).

**2** Die FDP ist der Auffassung, dass die offene Koordinierungsmetho-

de kein geeignetes Instrument europäischer Kulturpolitik ist. Sie ermöglicht keine ausreichende demokratisch legitimierte Diskussion über die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen. Darüber hinaus könnte das gerade für den Kulturbereich in besonderem Maße geltende Subsidiaritätsprinzip mit der Methode der offenen Koordinierung unterlaufen werden. Auch wenn die offene Koordinierungsmethode im Zuge der EU-Kulturagenda vom Mai 2007 im Kulturbereich eingeführt wurde und der Rat mit der Entschliessung zur europäischen Kulturagenda vom November 2007 beschlossen hat, die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode nach einem flexiblen Konzept erfolgen zu lassen, stehen wir dem skeptisch gegenüber. Wir bezweifeln insbesondere, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppen angemessen beteiligt werden.

Im Jahr 2010 endet die erste Runde der offenen Koordinierung im Kulturbereich mit einem Schlussforum. Die FDP behält es sich vor, den Prozess bis dahin durch Anfragen prüfend zu begleiten und insbesondere die Ergebnisse der ersten Runde kritisch zu hinterfragen.

**3** Die Kooperation mit der Zivilgesellschaft ist immer ein wichtiger Baustein im Politikbetrieb. Durch Anhörungen, Expertengespräche und einen offenen Dialog wollen wir die organisierte Zivilgesellschaft einbinden. Es muss generell – auch bei Anwendung der offenen Koordinierungsmethode – sichergestellt werden, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppen, d. h. die Stakeholder im Kulturbereich, also die Verbände, kulturelle Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, europäische Netze, Stiftungen usw., einbezogen werden.

**4** Der Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt sind für die FDP zentrale Anliegen. Kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Vielfalt hängen untrennbar miteinander zusammen. In diesem Sinne unterstützen wir die Zielsetzung der Konvention zum Schutz der kultu-

rellen Vielfalt und sehen in ihr ein wirksames Instrument dafür, dass dem Doppelcharakter von kulturellen Waren und Dienstleistungen auch in einer liberalisierten Weltwirtschaft Rechnung getragen wird.

Wichtig ist, dass der Schutz der Vielfalt nicht in Protektionismus und Quotierung kultureller oder sprachlicher Angebote ausartet und durch gutgemeinte Schutzmechanismen die Freiheit zu individuellen künstlerischen Ausdrucksformen letztlich behindert wird.

Eine weitere Herausforderung stellt sich in Umsetzung der UNESCO-Konvention für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der in Artikel 6 der Konvention ausdrücklich genannt ist. Aus dem Schutz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entspringt für die Rundfunkanstalten auch eine besondere Verpflichtung, die Vielfalt und die Qualität der Angebote in den Medien sicherzustellen und zu erhöhen. Intention der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt ist es, die Kulturwirtschaft einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu stärken. In diesem Zusammenhang ist zu empfehlen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk selbst die Programmsäule Kultur in den Vordergrund rückt.

**5** Die FDP unterstützt, dass der Rat in seiner Entschliessung zu einer europäischen Kulturagenda vom November 2007 anerkennt, dass die Mobilität von Künstlern und anderen Kulturschaffenden verbessert werden muss und dies als einen seiner Schwerpunktbereiche im Zeitraum 2008 bis 2010 festlegt.

Die FDP fordert, die in der Mitteilung der Europäischen Kommission über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung formulierte Absicht zum Aufbau kreativer Partnerschaften zwischen dem Kultursektor und anderen Sektoren aufzugreifen und zu verstärken, um die gemeinsamen europäischen Grundwerte zu betonen. Kreative aus dem Kulturbereich sollen in ihrer täglichen Arbeit unterstützt und bestärkt werden, neue Wege der Zusammenarbeit zu beschreiten,

grenzüberschreitend künstlerisch aktiv zu werden und Möglichkeiten für innovative Veranstaltungen zu erkunden.

Um das Ziel des Rates in seiner Entschliessung zu erreichen, die Kultur- und Kreativwirtschaft aufzubauen, muss als Grundlage jeglicher Förderinstrumente dafür Sorge getragen werden, dass sich die Europäische Union auf einheitliche Standards einer europäischen Kulturstatistik einigt und dass eine zukünftige europäische Kulturstatistik sowie eine vereinheitlichte deutsche Kulturstatistik kompatibel sind. Dies sollte in der Hand von Eurostat liegen.

Die FDP will sich zudem für die Vereinfachung der Antragsmodalitäten und für praktikablere Abrechnungsmechanismen im Bereich der Kulturförderung auf EU-Ebene einsetzen.

Die FDP will sich auch darum bemühen, dass eine Initiative zur Schaffung einer Europäischen Kulturstiftung ergriffen wird, die in Anlehnung an das Modell der Kulturstiftung des Bundes staatenübergreifende Kulturprojekte initiiert und das Forum für einen europäischen Kulturdialog darstellt.

**6** Innovationen sind wesentlicher Antrieb der Wirtschaft, Forschung und Entwicklung. Innovationen beruhen auf der kreativen Kraft der Menschen, auf der geistigen Leistung der Forscher, Entwickler und Künstler. Die Entwicklung dieser Leistungen erfordert hohe Investitionen und ist oft mit erheblichen persönlichen und unternehmerischen Risiken verbunden. Geistige Schöpfung benötigt daher in jeder Rechtsordnung eine eindeutige, schützende und wirkungsvolle Verankerung als „geistiges Eigentum“. Das Urheberrecht mit einem hohen Schutzniveau und wirksamen Instrumenten zur Rechtsdurchsetzung ist deshalb notwendige Voraussetzung für kreative Tätigkeit und für Investitionen in deren wirtschaftliche Verwertung. Die Modernisierung und Weiterentwicklung des Urheberrechts in der digitalen Welt bleibt deshalb auch in den kommenden Jahren eine Daueraufgabe für den Gesetzgeber

mit hoher rechts- und kulturpolitischer Priorität.

Das Urheberrecht muss auch auf europäischer Ebene mit dem Ziel einer weiteren Harmonisierung konsequent weiterentwickelt werden. Das gilt z. B. für die Schaffung eines harmonisierten Rechtsrahmens für die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten durch Verwertungsgesellschaften. Wir brauchen ein europäisches Wahrnehmungsrecht.

Die Initiativen einzelner Generaldirektionen der Kommission auf dem Gebiet des Urheberrechts müssen besser als bisher koordiniert werden, um Widersprüche und Zielkonflikte zu vermeiden.

Die FDP fordert einen wirksamen Schutz vor Nachahmungen und Produktpiraterie aus Drittländern. Eine besondere Herausforderung bleibt die Missachtung des geistigen Eigentums im Internet, wo Piraterie konsequent bekämpft werden muss. Die rechtlichen Instrumente zur Bekämpfung von Rechtsverletzungen im Internet müssen unter Wahrung der Belange des Datenschutzes weiter ausgebaut werden.

Die FDP unterstützt den Bericht „Über die Perspektiven des Urheberrechts in der EU“ und befürwortet im Grundsatz den Vorschlag für eine „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/116/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte.“

**7** In der FDP gibt es keine Pläne zur Veränderung der Umsatzsteuerbefreiung und -ermäßigung im Bereich Kunst und Kultur. Unser prioritäres Ziel bleibt es, auch bei der Umsatzsteuer ein einfaches und klares System zu schaffen.

**8** Wir wollen uns für eine bessere Ausstattung der Kulturförderprogramme einsetzen, dies jedoch unter der Voraussetzung, dass lediglich aus dem bestehenden europäischen Haushalt Mittel zur Verfügung gestellt werden.

## SPD

## SPD

**1** Die Europäische Union ist mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Sie ist vor allem geprägt von friedensstiftenden Wertvorstellungen, die wir auf der Grundlage

gemeinsamer kultureller Wurzeln teilen. Dieses gemeinsame Bewusstsein und die kulturelle Vielfalt der Mitgliedstaaten prägen die Europäische Union als eine politische, soziale, ökonomische und vor allem kulturelle Gemeinschaft. Für die SPD steht der Fortgang und die Vertiefung der europäischen Integration, die Akzeptanz Europas durch seine Bürgerinnen und Bürger und ein wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl in einem engen Zusammenhang mit einer Stärkung dieser gemeinsamen kulturellen Wurzeln.

Um die kulturelle und lebendige Vielfalt der Mitgliedstaaten zu er-

halten und die Europäische Union zu einer politischen und kulturellen Gemeinschaft zu entwickeln, braucht es dauerhafte Kulturarbeit und den kulturellen Austausch. Die europäische Integration kommt voran, indem die kulturelle Dimension der Europäischen Union gestärkt wird. Dazu bedarf es neben einer starken europäischen Kulturpolitik, die sich sowohl räumlich, als auch inhaltlich aus den vier Ebenen Stadt, Region, Nation und Europa zusammensetzt, auch einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit.

Nicht zuletzt trägt der Kultur- und Kreativbereich ganz wesentlich zu

Wachstum, Beschäftigung, Innovation und technologischer Entwicklung und damit zum Erreichen der Ziele der Lisabonner Strategie, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln, bei.

Die SPD wird sich in der kommenden Wahlperiode im Europäischen Parlament dafür einsetzen:

· dass die Europäische Union ihrer Verantwortung für den europäischen Kulturaustausch in höherem Maße als bisher gerecht wird und dafür einen angemessenen Budget-

Anteil im EU-Haushalt in Höhe von einem Prozent bereitstellt.

· die Umsetzung der Mitteilung der Kommission über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung durch das Europäische Parlament kritisch zu begleiten und die darin formulierten Ziele, einen Beitrag zur Wahrung des kulturellen Reichtums und zur Entfaltung der kulturellen Vielfalt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu leisten, zu unterstützen. Die Mitteilung der Kommission ist Ausdruck

Fortsetzung von Seite 35

**Antworten SPD**

einer konzeptionellen europäischen Kulturpolitik, die gleichzeitig das Subsidiaritätsprinzip und damit die kulturellen Besonder- und Eigenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt.

• dass die Idee der Kulturhauptstädte auf der Grundlage der „Budapester Erklärung“ weiterentwickelt wird, um dieser Idee mehr Nachhaltigkeit und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Es sollte überlegt werden, ob auch zukünftig wie 2010 mit dem Ruhrgebiet, Pécs und Istanbul drei europäische Kulturhauptstädte benannt werden sollten, um neben Städten aus EU-Mitgliedstaaten auch Städte aus EU-Beitrittskandidaten bzw. Ländern zu benennen, die mit der EU-Partner- bzw. Nachbarschaftsvereinbarungen getroffen haben. Es sollten Maßnahmen geprüft werden, um die Idee der Kulturhauptstädte über Europa hinaus bekannt zu machen, möglicherweise in Form von Kooperationen mit Städten in anderen Kontinenten.

• ein Netzwerk der Akademien der Künste der Mitgliedstaaten zu schaffen, das in einer europäischen Akademie der Künste einen institutionellen Rahmen finden könnte.

• die Initiative zur Schaffung einer von den Mitgliedstaaten der EU getragenen Europäischen Kulturstiftung zu ergreifen, die ähnlich wie die Kulturstiftung des Bundes staatenübergreifende Kulturprojekte initiiert und ein Forum für einen europäischen Kulturdialog darstellt.

• die deutschen Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in ihren Bemühungen zu unterstützen, sich mit anderen europäischen Mittlerorganisationen wie bspw. dem British Council und Institut Cervantes stärker zu vernetzen und außereuropäische Kooperationsformen zu etablieren. In diesem Zusammenhang sollte das EUNIC-Netzwerk mehr Aufmerksamkeit erfahren und als Beispiel für eine institutionelle Form dieser Vernetzung verstanden und gefördert werden.

• das gemeinsame europäische kulturelle Erbe zu pflegen und zu erhalten, aber auch dessen Vermittlung zu verbessern. Mit dem Vertrag über die Europäische Union wurden der Schutz und der Erhalt des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung zu Kernaufgaben europäischer Kulturpolitik erklärt. Vor diesem Hintergrund unterstützt die SPD die Initiative der Kommission für die besondere Auswahl und Auszeichnung von Kulturstätten von besonderer europäischer Bedeutung in Abstimmung mit der UNESCO sowie die Digitalisierung, bessere Vernetzung und Zugänglichkeit zu digitalisierten Kulturgütern im Rahmen eines europäischen Ansatzes wie beispielsweise in Form der digitalen Europäischen Bibliothek EUROPEANA.

• dass die europäische Erinnerungsarbeit und Menschenrechtsbildung in seiner Bedeutung und als Teil der europäischen Kulturagenda gestärkt wird. Nach wie vor ist die Erinnerungs- und Geschichtskultur in Europa überwiegend national geprägt. Daher wird es wichtig sein, diese verschiedenen Erinnerungskulturen in Beziehung zueinander zu setzen und die jeweiligen Besonderheiten, die kulturelle Vielfalt und Sensibilitäten zu berücksichtigen. Eine europäische Kulturpolitik muss in einem offenen, kritischen und diskursiven Prozess ein Verständnis für unsere gemeinsame europäische Geschichte entwickeln und dabei die jeweiligen nationalen Blickwinkel einbeziehen. Eine so verstandene und gemeinte De-

batte im Europäischen Parlament über ein „Haus der europäischen Geschichte“ wird von der SPD unterstützt.

• dass durch verstärkte Kooperationen der nationalen Rundfunkanstalten eine als europäisches Medium wahrgenommene Plattform europäischer Öffentlichkeit entsteht, um sowohl nach innen, als auch nach außen die kulturelle Vielfalt Europas darzustellen. Bereits jetzt bestehen entsprechende Kooperationen wie beispielsweise ARTE, die gezielt weiterentwickelt werden sollten. Insbesondere die Deutsche Welle eignet sich hervorragend, mit anderen europäischen Partnern gemeinsame Angebote außereuropäisch zu vermitteln, was es zu unterstützen gilt.

• dass der europäische Filmpreis deutlich aufgewertet wird, um die künstlerischen Impulse aus der europäischen Gesellschaft noch stärker als bisher aufzugreifen und Fördervoraussetzungen für einen wirklichen europäischen Film zu schaffen. Gerade der Film ist ein wichtiges Medium einer europäischen Öffentlichkeit und als künstlerische Ausdrucksform hervorragend geeignet, eine gemeinsame europäische Identität zu prägen.

**2** Die SPD begrüßt die Mitteilung der Kommission über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung als Ausdruck einer konzeptionellen europäischen Kulturpolitik, die gleichzeitig das Subsidiaritätsprinzip und damit die kulturellen Besonder- und Eigenheiten der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt. Bereits im Beschluss des Deutschen Bundestages über den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD „Einheit in Vielfalt – Kulturpolitik in und für Europa aktiv gestalten“ (BT-Drs. 16/11221) vom 26. März 2009 kommt die Position der SPD zum Ausdruck, dass die Umsetzung der Europäischen Kulturagenda mit dem Ziel erfolgt, „das subsidiäre Zusammenwirken der kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene im Bereich der Kulturpolitik in einer europäischen Kulturagenda zu fördern und weiter auszugestalten und dabei die von der EU-Kommission vorgeschlagene Methode der offenen Koordinierung kritisch und konstruktiv zu begleiten.“

Vor diesem Hintergrund wird sich die SPD im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass die Kompetenzen der Mitgliedstaaten im Bereich der Kulturpolitik bestehen bleiben, die Europäische Union aber gleichzeitig ergänzend und unterstützend tätig wird. Die Methode der offenen Koordinierung ist ein geeignetes Instrument, um die in der europäischen Kulturagenda formulierte Absicht, kreative Partnerschaften zwischen dem Kultursektor und anderen Sektoren aufzubauen, umzusetzen. In diesem Sinne wird die SPD die von der Kommission im Rahmen dieser Methode erzielten Erkenntnisse und Ergebnisse kritisch und konstruktiv begleiten.

**3** Die SPD spricht sich ausdrücklich für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an der Erarbeitung und Umsetzung einer europäischen Kulturpolitik aus, wie dies auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ (BT-Drs. 16/7000) und dem vom Deutschen Bundestag gefassten Beschluss über den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD „Einheit in Vielfalt – Kulturpolitik in und für Europa aktiv gestalten“ (BT-Drs. 16/11221) vom 26. März 2009 zum Ausdruck kommt. Die Methode der offenen Koordinierung bietet Möglichkeiten und Formen, die organisierte Zivilgesellschaft aktiv in die Erarbeitung und Umsetzung der Europäischen Kulturagenda einzu-

binden. In den von der Kommission eingerichteten Arbeitsgruppen haben Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft in vielfältiger Weise an der Erarbeitung von Vorschlägen in den Bereichen der Mobilität von Künstlern und Kunstwerken, Zugang zu Kultur und kulturellem Erbe, Interkulturellem Dialog sowie Kreativität und Innovation mitgewirkt.

Darüber hinaus hält die SPD Plattformen wie die Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt für besonders geeignet, in einem intensiven inhaltlichen und fachlichen Dialog die Erfahrungen und Impulse der organisierten Zivilgesellschaft zu berücksichtigen. Die Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt führt Vertreter aus Kultur, Verbänden, Wirtschaft, den einzelnen politischen Ebenen, Forschung und Öffentlichkeit zusammen, um, wie im Fall der UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, über die daraus folgenden Konsequenzen für Bund, Länder, Kommunen und Kulturakteure zu beraten. Diese Form des Dialogs sollte neben bereits bestehenden Instrumenten als beispielhaft für Verständigungsprozesse über kulturpolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene berücksichtigt werden.

**4** Die SPD wird sich dafür einsetzen, bei der Umsetzung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt auf europäischer Ebene die Erfahrungen und Impulse der verschiedenen kulturpolitischen Akteure in einem strukturierten Dialog einzubinden und zu beteiligen. Denn gerade die Umsetzung dieses wichtigen, aber auch sehr komplexen kulturpolitischen Instruments verlangt all diese Hinweise, um die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt mit Leben zu erfüllen. Darüber hinaus wird es wichtig sein, gezielt entsprechende Projekte, die die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt zum Inhalt haben, sowie den Austausch darüber zu fördern, um mehr zu erfahren („best practice“) und entsprechende Netzwerke zu bilden.

Im Kern anerkennt die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt die Besonderheit kultureller und audiovisueller Güter und Dienstleistungen, die nicht als Waren im herkömmlichen Sinne behandelt werden dürfen, und macht sie völkerrechtlich verbindlich.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese völkerrechtliche Verbindlichkeit in der Anwendung beispielsweise bei Verhandlungen der Europäischen Kommission im Rahmen von WTO- und GATS-Verhandlungen in Übereinklang mit dem im Amsterdamer Vertrag enthaltenen Kulturverträglichkeitsklausel steht und damit auch nach innen, innerhalb der EU wirkt.

Insbesondere mit Blick auf die Vielfalt der Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigt sich die Notwendigkeit der praktischen Anwendung der Bestimmungen der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt in Rechtssetzungsprozessen der Europäischen Union. Der Rundfunk ist ein wichtiger Träger kultureller Vielfalt. Dieses Selbstverständnis ist im Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verankert und sollte daher ausgefüllt und umgesetzt werden, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch weiterhin als Garant von Medien- und Meinungsvielfalt agieren kann. Damit verbunden ist die von der SPD geforderte Entwicklungs- und Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in allen Medien und auf allen Übertragungswegen.

**5** Die Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden in der EU wird auf zweierlei Weise beeinflusst. Zum einen bestehen in den einzelnen europäischen Ländern unterschied-

liche rechtliche Rahmenbedingungen u.a. für den Kulturaustausch, bei Konzertauftritten und der künstlerischen Arbeit. Die SPD wird sich dafür einsetzen, hinsichtlich dieser Rahmenbedingungen im Steuer-, Urheber- und Arbeitsrecht sowie in Bezug auf Aufenthalts- und Einreisebestimmungen in den EU-Mitgliedstaaten Erleichterungen für den Kulturaustausch auf allen Ebenen und damit seinen Ausbau zu erreichen.

Zum zweiten bestehen bereits vielfältige Möglichkeiten und Programme zur Förderung der Mobilität junger Menschen, von Auszubildenden, Berufstätigen u.a. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die bereits bestehenden europäischen Mobilitätsprogramme dahingehend zu erweitern, damit in diesem Rahmen mehr noch als bisher der künstlerische Austausch und die Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden gefördert werden kann.

Nicht zuletzt verbessert der von der SPD angestrebte Aufwuchs des Budget-Anteils im EU-Haushalt in Höhe von einem Prozent (siehe Beantwortung auf Frage 1.) die Mittel für den europäischen Kulturaustausch und damit auch die Möglichkeiten der Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden.

**6** Die SPD wird sich dafür einsetzen, das System der kollektiven Wahrnehmung von Urheberrechten durch Verwertungsgesellschaften auch auf europäischer Ebene abzusichern. Verschiedenen Initiativen auf europäischer Ebene, unter dem Aspekt des Wettbewerbsrechts die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten durch Verwertungsgesellschaften, denen zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben eine gesetzliche Monopolstellung zugewiesen wurde, stärker harmonisieren und kommerzialisieren zu wollen, steht die SPD kritisch gegenüber. Die Aufgaben von Verwertungsgesellschaften bestehen in einer quasi-gewerkschaftlichen Funktion einer Solidargemeinschaft der Urheber gegenüber den wirtschaftlich stärkeren Rechteinhabern und einer quasi-amtlichen Funktion zur Kontrolle der Einhaltung der Meldepflicht von Vervielfältigungsstücken, öffentlichen Aufführungen und auch der Sendung. In der Umsetzung dieser Aufgaben haben sich die Verwertungsgesellschaften bewährt, weshalb am System der kollektiven Rechtswahrnehmung festzuhalten ist, auch wenn es, wie die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in ihrem Abschlussbericht (BT-Drs. 16/7000) feststellt, hinsichtlich Transparenz, Tarif- und Vertragsgestaltung, Teilhabestrukturen und Aufsichtverbesserungsmöglichkeiten gibt.

Zudem wird sich die SPD auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass das Urheberrecht auch in der digitalen Welt erhalten bleibt und geistiges Eigentum geschützt werden kann. Um die mit der Digitalisierung verbundenen neuen Möglichkeiten der Verwertung und Vermittlung kreativer Leistungen nutzen zu können, müssen das Urheberrecht und die Praxis der Verwertungsgesellschaften angepasst und verbessert werden. Restriktive Modelle, die den Zugang zur digitalen Welt beschränken, schränken auch Informationsrechte ein und sind praktisch kaum durchsetzbar. Gemeinsam mit den Kreativen, Verwertern, Verbrauchern und der Industrie werden wir nach Lösungen suchen, um den Schutz des geistigen Eigentums und eine angemessene Vergütung der Urheber zu gewährleisten, ohne dabei Formen und Kanäle zu begrenzen, die der Idee und Kreation unendliche Möglichkeiten verschaffen können.

**7** Die SPD setzt sich für den Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes ein. Aus kultur- und bildungspolitischen Gründen gehören zu den vom ermäßigten Mehrwert-

steuersatzes umfassten Produkten und kulturellen Leistungen sowie Leistungen gemeinnütziger Einrichtungen, bspw. Druckerzeugnisse, Kunstgegenstände und Sammlungsstücke, insbesondere Bücher, Zeitungen, Gemälde, Zeichnungen und andere Erzeugnisse des graphischen Gewerbes sowie Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen wie Theater und für Zirkusvorführungen.

Es wird gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten zu prüfen sein, inwieweit weitere Produktgruppen in den ermäßigten Mehrwertsteuersatz einbezogen werden können. Aktuell haben sich die EU-Finanzminister im März 2009 darauf verständigt, den Mitgliedstaaten erweiterte Möglichkeiten zur Anwendung ermäßigter Mehrwertsteuersätze einzuräumen. Diese Option soll u.a. auch für Hörbücher gelten, jedoch obliegt es den einzelnen Mitgliedstaaten davon Gebrauch zu machen. Zudem hat die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ in ihrem Abschlussbericht empfohlen, bei einer Überarbeitung des Begriffs der ermäßigt besteuerten Kunstgegenstände die Kunstfotografie mit einzubeziehen und dabei auf die Definition der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie abzustellen. (siehe BT-Drs. 16/7000). Denn grundsätzlich gilt, dass vor einer möglichen nationalen Regelung europarechtliche Regelungen zu beachten sind.

Darüber hinaus wird sich die SPD dafür einsetzen, bereits bestehende „Steuerbefreiungen für bestimmte, dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten“ (siehe Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem) zu erhalten. Das betrifft vor allem kulturelle Dienstleistungen und von Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder anderen anerkannten kulturellen Einrichtungen sowie der Tätigkeit öffentlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten. Vielmehr wird es wichtig sein, diese, durch die Richtlinie der konkreten Umsetzung durch die Mitgliedstaaten überlassenen Anwendungsbereiche für Steuerbefreiungen auch in nationalem Recht entsprechend umzusetzen.

**8** Die SPD wird sich dafür einsetzen, den Budget-Anteil im EU-Haushalt für den europäischen Kulturaustausch und damit auch die finanzielle Ausstattung der Kulturförderprogramme auf eine Höhe von einem Prozent aufzustocken. Zugleich wird es darauf ankommen, die Antragsmodalitäten der Kulturförderprogramme der EU zu vereinfachen und praktikable Abrechnungs- und Evaluationsmechanismen zu finden und damit die Kulturförderung auf EU-Ebene insgesamt zielgerichteter zu gestalten.